

Post pleite?

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Der Halbjahresabschluss der Post per 30.6.2003 brachte es an den Tag: die Post hat ihr Eigenkapital verloren. Die Umstellung der Rechnungslegung von FER auf die international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze IFRS führte zu einer Offenlegung der nicht gedeckten Personalvorsorge-Verpflichtungen, die sich auf SFr. 3.8 Mrd. belaufen. Unter Berücksichtigung dieser Verpflichtungen, die nicht neu, sondern bisher in der Rechnung nicht berücksichtigt wurden, weist die Post nun ein negatives Eigenkapital von SFr. 688 Mio. aus. Private Unternehmen müssten in einer solchen Situation ihre Bilanz deponieren und den Gang zum Richter antreten. Für die Post gelten aber offensichtlich andere Regeln, die jedoch politisch brisante Fragen aufwerfen, insbesondere bezüglich der Kostenwahrheit des Service Public Post oder der Finanzierung der Bilanzsanierung. Die Fehlbeträge der Pensionskasse von SFr. 3,8 Mrd. vergleichen sich mit einem Jahresumsatz 2002 der Post von SFr. 6,8 Mrd. bzw. einem Reingewinn von SFr. 204 Mio. (2001: SFr. 194 Mio.). Die Dimension des Fehlbetrages, die sogar das in der Herbstsession anstehende Entlastungsprogramm von SFr. 3,2 bis SFr. 3,3 Mrd. übersteigt, ist im Vergleich zur Ertragskraft der Post derart hoch, dass eine Finanzierung aus eigener Kraft praktisch ausser Diskussion steht. Über ein strafferes Kostenmanagement wären zweifellos weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen, denn das immer noch extensiv bewirtschaftete Poststellennetz kostet im Vergleich zu einer betriebswirtschaftlich optimierten Organisation rund SFr. 500 Mio. mehr. Regionalpolitische Überlegungen und die strategischen Ziele 2002 bis 2005 des Bundesrates werden eine derartige Optimierung aber kaum zulassen.

Ende 2002 belief sich der nach GAAP FER16 ermittelte Rückstellungsbedarf für ungedeckte Personalvorsorge-Verpflichtungen erst auf SFr. 3,33 Mrd. Er hat somit im Halbjahr 2003 um weitere SFr. 480 Mio. zugenommen, was pro Beschäftigten immerhin SFr. 11'645 ausmacht. Die Post hat gemäss Geschäftsbericht 2002 unterdessen, gestützt auf das revidierte Postorganisationsgesetz (POG), beim Bund Antrag zur Ausfinanzierung dieser offenen Personalvorsorge-Verpflichtungen (Fehlbetrag BVBD und Rückstellungsbedarf berechnet nach IFRS/IAS 19) bzw. zu einer entsprechenden Rekapitalisierung des Unternehmens gestellt. Das geänderte POG wird voraussichtlich auf den 1.1.2004 in Kraft gesetzt werden.

Einmal mehr wird damit letztlich wohl wieder der Steuerzahler zur Kasse gebeten, auch wenn vereinzelte Politiker glauben, mit einer Rückkehr zur alten Rechnungslegungsnorm FER könne dieses Problem vertuscht oder zumindest in die Zukunft verschoben werden. Bei einer Bilanzsumme von SFr. 43,8 Mrd. zur Jahresmitte 2003, wovon SFr. 38,2 Mrd. auf Kundeneinlagen entfallen, wäre es unverantwortlich und riskant, der Post ohne entsprechende Eigenmittelausstattung weiterhin die Bewilligung zu Bank- oder bankähnlichen Geschäften zu erteilen. Dies wäre eine wettbewerbsverzerrende Benachteiligung der Banken, die voraussichtlich ab 2006 neue, höhere Eigenmittelvorschriften, gemäss „Basel II“ befolgen müssen. Es stellt sich auch die Frage, wer allfällige Verluste auf den mit SFr. 28,7 Mrd. zu Buche stehenden Finanzanlagen tragen müsste, denn ein Zinsanstieg könnte die vorhandenen Marktwertreserven von derzeit noch SFr. 683 Mio. rasch zum Schmelzen bringen und die Unterdeckung vergrössern. Eine Unterkapitalisierung und das Verwischen der Kostenwahrheit ist auch gegenüber den privaten Konkurrenten unfair, denn diese müssen gesunde Bilanzen ausweisen und können nicht auf Staatsgelder für Vorsorgeverpflichtungen zurückgreifen. Einmal mehr geraten mit der finanziellen Schiefelage eines Staatsbetriebes auch Interessenskonflikte ins Rampenlicht. Die CVP-Nationalrätin Frau Dr. Lucrezia Meier-Schatz amtet gleichzeitig als Verwaltungsrätin der Post. Dass sie in dieser Funktion auch bei der Revision des Nationalbank-Gesetzes die Interessen der Post vertritt, indem sie die Guthaben der Banken bei der Post als Mindestreserve anrechnen lassen will, um der Post einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, verwundert nicht. Fragt sich nur, ob sie diese Position auch als Nicht-Post-Verwaltungsrätin vertreten würde.